

6mal wöchentlich. Verkaufspreis: für Mai 2 M. 20. auswärts, Bestellgeld. Berechnung der Ausgaben nach Rent-Kart. Preise: Die eingepreiste Beilage 30 J. f. Familien- u. Vereinsabz., Besuche 20 J. Die Zeit-Beilage 20 J. vom Freitag, 1. A. Offertengebühr für Selbstabholer 20 J., bei Lieferung d. d. Post außerdem Porto- u. Fracht. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mark. Geschäftslicher Teil: Josef Rothmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anz.-Aufträgen u. Beilagen u. Schadenersatz. Für unbenutzte u. b. Fernsch. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unbenutzte eingekaufte u. mit Rückporto nicht bezahlte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftler: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsisches Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verkaufsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck- und Verlags- u. Anzeigen- u. Buchdruckerei GmbH, Dresden, 16. Postfach 46, Telefon 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740.

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden, 16. Postfach 46, Telefon 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740.

Die politischen Strömungen

Wir legten vor kurzem dar, wie in Frankreich und England auf Grund der dortigen Wahlen ein bedeutendes Abweichen von der früheren fanatischen Rechtsrichtung zu beobachten sei, daß aber dieses Abweichen nicht etwa gleich in das entgegengesetzte Linksextrem auswich, sondern sich mehr zu der demokratischen Mitte hin orientierte. In Deutschland hat der französische Einkornd viele Hoffnungen ausgelöst. Ist das berechtigt? Wenn man politisch vernünftig dächte und handelte, und ebenso gedacht und gehandelt hätte, wäre allerdings diese Berechtigung gegeben. Ausgerechnet aber mußte bei uns in Deutschland zur selben Zeit, wo die Linksoberleitung in den fremden Staaten vor sich ging, ein Rechtskurs zu verzeichnen sein. Wir hatten in unserer vorigen Betrachtung nicht Amerika mit in das Bereich unserer Beispiele hineinbezogen, weil dieses Land ja ohnehin als das Land der besten Demokratie bekannt ist. Wir könnten also im Gegensatz zu Deutschland den demokratischen Dreieck, Frankreich, Amerika und England konstatieren. Ganz abgesehen von einem äußeren diesbezüglichen Bindeglied werden sich diese Länder unbedingt nach dem Ausgang der letzten französischen Wahlen mehr als bisher untereinander verbunden fühlen. Der Höhe des Militarismus, der Gott der politischen Entarteten, Poincaré, hat in Paris vorläufig ausgelobt. Er stand seit Monaten als das Hindernis für alle internationalen Fragen im Wege. Nicht allein Deutschland, sondern auch England und Amerika, konnten mit diesem Poincaré nicht übereinkommen. In verschiedenen Formen offenbarte sich das, und wenn noch so oft bei gewissen Gelegenheiten versichert wurde, daß man unbedingt die Freundschaft mit Frankreich wünsche, so war eben in diesem Wunsch das bescheidene Eingeständnis enthalten, daß diese Freundschaft in Wirklichkeit nicht weit her war. Nachdem dieser Poincaré nun zurücktreten muß, fühlen sich in der Tat die Demokraten Amerikas, Englands und Frankreichs mehr als je untereinander näher gerückt. Das braucht nicht erst äußerlich durch politische Verträge zum Ausdruck zu kommen, aber es ist in der Tat so.

Welche Perspektiven eröffnet diese neue Konstellation für uns?

Unendlich wertvoll hätte sie für uns werden können. Aber wir können ruhig behaupten, daß bereits ein gut Teil dieser günstigen Situation für uns verlorengegangen ist. Ja, wir können noch mehr behaupten, daß nämlich dann, wenn deutsche Männer und deutsche Frauen am 4. Mai endlich einmal ehrlich und frei, also vernünftig gewählt hätten, daß dann die Wahlen in Frankreich noch viel günstiger für uns ausgefallen wären. Aber trotz des Rückschlusses in Deutschland hat die Linksoberleitung in Frankreich gefestigt, und trotz der Minderwertigkeit der politischen deutschen Intelligenz hat die französische Demokratie ihren Willen durchgesetzt.

Die neuen Führer Herriot und Painlevé haben bereits zur Genüge zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht gewillt sind, die blinde Politik Poincarés gegenüber Deutschland fortzusetzen. Das hätte uns natürlich längst zu denken geben können. Aber die Deutschen sind von Engherzigkeit her in ihrer überproportionalen Mehrheit große politische Kinder gewesen. Sie zerstreuen sich lieber gegenseitig im eigenen Lande zu derselben Zeit, in der ihr Gesicht von außenpolitischen Faktoren bestimmt wird und diese Faktoren durch eben diese innere Zwietracht zum Unheil Deutschlands ausgeschlagen müssen. Ausgerechnet zu der Zeit, wo sich neue Perspektiven eröffnen, treibt man bei uns das Spiel mit der Rechtsdiktatur. Ausgerechnet zu dieser Zeit will man uns einen Großadmiral von Tirpitz zum Kanzler präsentieren. Das ist eine derartige Annäherung der Deutschnationalen, daß sie sich dadurch als noch etwas ganz anderes als politische Kinder entpuppen. Poincaré hat sich im Laufe seiner Regentschaft mit seinen Anschauungen im Rate der Mächte isoliert, so daß er schließlich zu Falle kommen mußte. Heute ist ein Teil deutscher Staatsbürger auf dem besten Wege, die deutsche Nation mit allen Mitteln in den Auf der Isolierung hineinzubekommen. Mit demselben Abscheu nämlich, mit dem man die politische Tyrannei Poincarés auf die Dauer nicht zu dulden gesonnen war, demselben, ja noch größerem Abscheu ist man im Ausland gegenüber dem Deutschnationalen, dem völkischen und dem hakenkreuzerischen Gedanken eingestellt. In Frankreich war fast die Isolierung eingetreten, wenn nicht die Wahlen jetzt anders entschieden hätten. Deutschland aber hat Aussicht, in diese „Verengung“ völkisch hineinzugeraten, wenn nicht sehr bald gegen die politischen Psychopathen, die mit Stahlhelmen und vielen Abzeichen ihre politische Minderwertigkeit zu verbergen verstehen, ganz energisch Front gemacht wird. Was sollen auch beispielsweise heute die sogenannten „Deutschen Tage“? Die Pflege des nationalen Gedankens, die Erziehung zur Vaterlandsliebe haben wir stets als Ehrenpflicht angesehen, aber was auf diesen „Deutschen Tagen“ gesprochen und getan wird, ist eine andere Sache. Wir hätten unseres Erachtens besseres zu tun, als Abordnungen nach Halle oder irgendwelche Städte zu schicken, um dadurch zu zeigen, daß „man noch deutsch sei“. Zu zeigen, daß wir deutsch sind, haben wir jeden Tag Gelegenheit. Zu Hause, an der Arbeitsstätte, in jeder Stunde des Tages. Das geht ganz geräuschlos vor sich, ohne Aufhebens, ohne Paradedemarsche. Aber wohl mag dabei viel Schweigen von Männern klingen, viele bittere Selbstherrschung von der ersten Morgenstunde bis zum Abend erforderlich sein. Auch verhärmte Gesichter bilden sich dabei heraus, weil man die gegenwärtigen Entbehrungen, die Not und das Geschick in Nummer Enttarnung und Würde, statt in ehehaftem lauten Masken-

Der Gipfel der Torheit

Der Wiederhall der Deutschnationalen Forderungen im Auslande

Englische Mahnung

London, 22. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, in Anbetracht der Deutschnationalen Forderungen bezüglich der zukünftigen deutschen Regierung, es würde der Gipfel der Torheit sein, wenn Deutschland zu einer Zeit, wo die voraussetzlichen Mitglieder einer französischen Regierung über die Nennung des Ruhrgebietes und eine Annahme für deutsche politische Geplante verhandeln, das Vertrauen vor Kriegserklärungen und nachlässigen Absichten wieder erzwinge und dadurch jede Aussicht auf eine europäische Verständigung und auf ein Zusammenwirken zerstöre.

Paris, 22. Mai. Der Pariser Vertreter der Radiogruppe will wissen, daß der britische Botschafter Lord Aberdeen Schritte bei den Deutschnationalen unternommen hat, um sie auf den schlechten Eindruck aufmerksam zu machen, den eine Übernahme des Kabinetts durch Admiral von Tirpitz sowohl in England wie in den Vereinigten Staaten hervorrufen würde.

Die Berliner Besprechungen

Berlin, 22. Mai. (Drahtbericht.) In der für heute vor- mittag anberaumten Parteiführerbesprechung, waren entsprechend dem Wunsch ihrer Fraktion die Vertreter der Deutschnationalen nicht erschienen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien der Mitte waren anwesend, gingen aber ohne weitere Besprechung auseinander. Im Laufe des Vormittags trafen dann die Verbände der Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten ge-

sondert zu einer Besprechung über die veränderte politische Lage zusammen.

Berlin, 22. Mai. Die Verhandlungen, die gestern zwischen allen bürgerlichen Parteien im Reichstage stattfanden, haben die ursprünglich vorhandene Hoffnung auf eine schnelle Einigung nicht erfüllt. Während der Besprechungen machten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei den Vorstoß, auch ohne die vorherige Initiative des Reichspräsidenten schon in der vorbereitenden Sitzung der Parteien einen Vertrauensmann zu bezeichnen, der zunächst inoffiziell die Zusammenfassung des Kabinetts und die Einigung der bürgerlichen Parteien auf ein bestimmtes Programm erstreben sollte. Die Vertreter der Deutschnationalen Fraktion schlugen dann als geeignete Persönlichkeit für diese Aufgabe Großadmiral von Tirpitz vor. Sie wählten weiter den Vorschlag, Großadmiral von Tirpitz bei den Besprechungen hinzuzuziehen und zunächst ein von ihm formuliertes außerparteiliches Programm anzuhören. Dieser Vorschlag wurde von der Gegenseite abgelehnt. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. Es muß noch eine kurze Besprechung zwischen den Vertretern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stattfinden.

Die deutschnationale Fraktion hat gestern nachmittag noch längerer Aussprache beschloffen, die an die Mittelparteien er- gangene Einladung für neue Verhandlungen, die für heute ver- mittag vorgesehen waren, zurückzuziehen. Heber den Verlauf der heutigen Verhandlungen wird nachfolgende Darstellung gegeben. Die Deutschnationalen beantragen, einen gemeinsamen Beschluß darüber zu fassen, daß als vorläufiger Reichskanzler der Großadmiral v. Tirpitz in Frage komme. Dieser Antrag wurde von den Mittelparteien abgelehnt teils wegen persönlicher Bedenken gegen den vornehmlich genannten Kandidaten, teils mit der Begründung, man würde durch dieses Verfahren der Entscheidung des Reichspräsidenten verweigern, dem verfassungsmäßig allein die Ernennung des Reichskanzlers obliegt.

Die Aussprache zwischen Paris u. London

Zu Beginn des nächsten Monats

Paris, 22. Mai. (Drahtbericht.) Der „Information“ wird aus London gemeldet: Wenn das französische Kabinett gebildet sein wird, nach dem 1. Juni, sei es wahrscheinlich, daß Macdonald dem neuen französischen Ministerpräsidenten gegen- über seine Einladung wiederholen werde, mit ihm in Chequers Fühlung zu nehmen. Wenn die Arbeiten des französischen Par- laments für die Vorstellung des Kabinetts vor der Kammer der Ministerpräsidenten zwingen werde, auf seinem Posten zu bleiben, dann würde Macdonald in diesem Falle über den Kanal kommen, um ein Wochenende in Paris zu verbringen. Jeden- falls würde diese Zusammenkunft zwischen den beiden Premier- ministern binnen sehr kurzer Zeit stattfinden, wahrscheinlich in den ersten 10 Tagen des Juni.

London, 22. Mai. „Westminster-Gazette“ schreibt: Im Falle einer Zusammenkunft zwischen Herriot und Macdonald sofort die Kernpunkte der schwelenden Fragen in Angriff nehmen und sich dabei von der Voraussetzung leiten lassen, daß nach Erzielung einer Vereinbarung über diese Kernpunkte keine Notwendigkeit mehr besteht, die Ruhebesetzung weiter beizubehalten.

Internationale Konferenz

London, 22. Mai. Die britische Regierung wünscht, wie die „Westminster-Gazette“ schreibt, die Frage der französischen Sicherheit und der interalliierten Schulden zu prüfen, was aber erst nach einer Vereinbarung über die Reparationen geschehen könne. Der nächste Schritt sei der, den Tagesplan in Wirklichkeit zu setzen, was einige Monate bedürfen dürfte. Wenn dann der

Wochen so vorbereitet sei, werde Macdonald vielleicht eine inter- nationale Konferenz anregen, zu der Deutschland, Eng- land und die Vereinigten Staaten eingeladen werden würden.

Das Programm Herriots über die Regierungsbildung

Paris, 22. Mai. Die Morgensprache berichtet, daß bei den letzten Besprechungen im Sinne von der außenpolitischen Lage nicht die Rede gewesen sei. Nach dem „Echo de Paris“ wird jedoch wegen der engen Verbindung der Außenpolitik mit der Finanzpolitik die Reparationsfrage den Gegenstand einer Besprechung zwischen Poincaré und Herriot bilden. Herriot werde voraussichtlich noch heute Unterredung mit Poincaré haben, der heute früh nach Paris zurückgekehrt sei.

Herriot erklärte gestern abend, es sei von großer Wichtigkeit für das Land, manneh alles zu tun, um aus dem Wahlerte der Radikalen und Sozialistfraktionen alle Kontingenzen zu ziehen. Es sei beabsichtigt worden, daß die radikale und sozia- listisch-radikale Parlamentsfraktion innerhalb der Partei umge- wendet werden könnte, aber nur diese, umsetzen sollte. Für den Fall des Scheiterns der Sozialisten in die Regierung würde er ein homogenes sozialistischer Radikales Kabinett bilden. Die Sozialisten könnten sich dann in voller Kenntnis der Sachlage entscheiden, ob sie es für opportun hielten, dieses Programm zu unter- stützen und an seiner Durchführung gegebenenfalls in der Re- gierung mitzuwirken.

Paris, 22. Mai. „L'Echo“ berichtet, Herriot sei ent- schlossen, das Kabinett mit der Sozialisten oder ohne sie

speil erträgt. Wenn wir schon den nationalen Gedanken pflegen wollen, so brauchen wir das nicht hinauszuführen und unsere Feinde auf uns aufmerksam zu machen. Unsere Vorfahren haben das in anderen sehr kritischen Zeiten bedeutend besser verstanden.

Es geht also heute darum, daß das deutsche Volk alle seine Wünsche, alle seine geheimen Herzensregungen unter dem Gesichtspunkte der Außenpolitik zu meistern sucht, und es geht nicht an, daß die Rechtskreise aus reinem Egoismus heraus heute in den Vordergrund zu drängen sich vermessen, um die jetzige Regierung wie ein abgetanes Radwerk beiseite- zuschieben. Erkennt man denn im Volke immer noch nicht, wer uns zu den jetzigen stabilen Verhältnissen und zu der jetzt schon einigermaßen günstigeren außenpolitischen Konstellation geführt hat? Wer anders als die gegenwärtige Regierung und die Politik der Mittelparteien. Und wer anders als die Extremparteien haben dieser Entwicklung stets hindernd im Wege ge- standen? Die Mittelparteien haben wahrhaftig nicht die ge- ringste Veranlassung, die Führung von heute auf morgen an die Rechtskreise abzutreten. Man muß auch das eine bedenken: Wenn die Deutschnationalen die Führung übernehmen, so wären sie, falls überhaupt eine ergiebige Politik betrieben werden soll, dazu gezwungen, den jetzigen außenpolitischen Kurs beizubehalten. Wenn sich dann die Sache einiger- maßen gut entwickelt, so werden sie aber in der Lage sein, dem Volke zu sagen: Seht da, haum haben wir zu regieren begonnen, und schon geht es voran. Das Volk wird natürlich nicht soweit denken, daß dieses Vorangehen am allerwenigsten durch die Deutschnationalen bedingt worden sei, sondern eben dadurch, daß die Deutschnationalen den alten Kurs beibehielten.

Wo läge da das Verdienst? Auch auf diesen „Schein Gewinn“ werden die Rechtskreise ihre Berechnung eingestellt haben. Man sei also auf der Hut in der Beurteilung der zukünftigen Ent- wicklung.

Noch ein sehr wichtiger Punkt aber ist folgender: Gegen einen deutschnationalen Reichskanzler würde das Ausland von vornherein das größte Mißtrauen hegen, selbst wenn er sich auf den Boden der Erfüllungspolitik stellte. Man glaubt es im Auslande einfach nicht, daß man von heute auf morgen seine politische Gesinnung ändern kann. Die Verhandlungen würden dadurch äußerst erschwert. Und die Folgen? Bedenken wir, daß die deutsche Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft gegenwärtig eine der allergrößten Krisen durch- durchgemacht hat. Wenn nicht auf dem schnellsten Wege aus- ländische Kredite zur Verfügung gestellt werden, so steht unsere Wirtschaft vor dem Ruin. Der Ruin der Wirtschaft aber ist der Ruin des Arbeiters, des Beamten, jedes deutschen Bürgers. Es kommt also auf die aller schnellste Handlungsweise des zu- künftigen Reichstages an. Die jetzige Regierung hat sich das Vertrauen des Auslandes bereits erworben. Ihr stehen dies- bezüglich keine Hindernisse im Wege.

Es handelt sich also darum, unter helmen Umständen ge- rade heute eine politische Entwicklung bei uns heranzuführen zu lassen, die genau in der entgegengesetzten Richtung liegt als die der großen Weltmächte: England, Frankreich, Amerika. Wöl- len wir dieses Experiment noch einmal versuchen, so müßten wir allerdings bekennen, daß wir uns von dem alten deutschen Erbschleier der politischen Unvernunft auch nach den mannig- fachen bitteren Erfahrungen nicht freigemacht verstanden.